

Die neue Ära der Völkischen 13.04.2010

BUDAPEST/BERLIN (Eigener Bericht) - Berliner Regierungsberater rechnen nach dem Sieg der völkischen Fidesz-Partei bei den ungarischen Parlamentswahlen mit zunehmenden Spannungen in Osteuropa. Sollte der zukünftige Ministerpräsident Ungarns, Viktor Orbán, seine Pläne realisieren und etwa die Staatsbürgerschaft seines Landes an ungarischsprachige Bürger der Nachbarstaaten verleihen, werde sich das Verhältnis unter anderem zwischen Ungarn und der Slowakei weiter verschlechtern, warnt ein Osteuropa-Experte von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Zudem habe die rechtsextreme Partei Jobbik, die mit einem Sechstel der Stimmen die drittstärkste Fraktion im Budapester Parlament stellen wird, das Potenzial, sich "langfristig als politische Kraft" zu etablieren. Der erdrutschartige Wahlsieg der völkischen Rechten ist ein Ergebnis des Erstarkens völkischer Politik, wie sie in der gesamten Europäischen Union vor allem von Deutschland forciert wird. Völkische Organisationen in Ungarn und unter den ungarischsprachigen Minderheiten in den angrenzenden Staaten werden bereits seit Jahren von Deutschland aus unterstützt; revisionistische Forderungen Budapests begleiten ähnliche Offensiven Berlins. Der deutsche Außenminister nennt das Verhältnis der Bundesrepublik zu Ungarn, das zum 1. Januar 2011 die Ratspräsidentschaft der EU übernehmen wird, "vorzüglich".

Zwei Drittel

Mit erheblicher Sorge wird weltweit der überwältigende Wahlsieg der völkischen Rechten am vergangenen Sonntag in Ungarn kommentiert. Die völkische Partei Fidesz des ehemaligen und künftigen Ministerpräsidenten Viktor Orbán erreichte mit 52,8 Prozent auf Anhieb die absolute Mehrheit und kann bei der Stichwahl in zwei Wochen sogar die Zweidrittelmehrheit erreichen; damit besäße sie alleine die Macht, die Verfassung zu ändern. Die rechtsextreme Partei Jobbik, deren 14,8-Prozent-Erfolg bei der Europawahl im Juni 2009 bereits für Aufsehen gesorgt hatte, konnte ihr Ergebnis auf 16,7 Prozent steigern. Damit entfallen mehr als zwei Drittel sämtlicher Stimmen auf die völkische Rechte. Die sozialdemokratische Partei MSZP stürzte auf rund 19,3 Prozent ab, die demokratisch-ökologisch orientierte Partei "Lehet Más a Politika" (LMP, "Eine andere Politik ist möglich") erreichte 7,4 Prozent.

Reinkarnation der Pfeilkreuzler

Die öffentliche Aufmerksamkeit konzentriert sich weithin auf die rechtsextreme Partei Jobbik, die im künftigen ungarischen Parlament mit fast 30 Abgeordneten die drittgrößte Fraktion stellen wird. Jobbik repräsentiert das offen antisemitische, antidemokratische Milieu, das mit den zunehmenden Gewalttaten vor allem gegen Roma, aber auch gegen Juden, Linke und Liberale in Verbindung gebracht wird. Mindestens acht Roma sind in den letzten Jahren durch rassistische Morde zu Tode gekommen. Tatsächliche oder vermeintliche Juden werden immer öfter öffentlich beschimpft. Auch Liberale sehen sich einer wachsenden Gewalt ausgesetzt: Mehrfach mussten liberale Organisationen wegen rechtsextremer Drohungen öffentliche Veranstaltungen absagen. Beobachter nennen Jobbik "eine Art politische Reinkarnation der ehemaligen Pfeilkreuzler", der ungarischen Parteigänger der NSDAP.[1] Die "Ungarische Garde", eine Miliz aus dem Umfeld von Jobbik, die Kritiker als "SA-ähnliche paramilitärische Organisation" bezeichnen [2], hat durch provozierende Aufmärsche in Roma-Siedlungen internationale Bekanntheit erlangt. Sie ist offiziell verboten worden, tritt aber unter einem anderen Namen erneut auf. "Jobbik hat im ganzen Land Strukturen aufgebaut", sagt Kai-Olaf Lang, ein Osteuropa-Experte bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Wie er urteilt, könnte sich die Partei "langfristig als politische Kraft im Parlament etablieren".[3]

Kein Parteienstreit mehr

Völkisch orientiert ist auch die rechte Partei Fidesz, die die nächste ungarische Regierung stellen wird. Fidesz verfolgt über die ungarischsprachigen Minderheiten in den angrenzenden Staaten eine "Großungarn"-Politik [4]; die Partei-Ideologie umfasst, wie die Kulturwissenschaftlerin Magdalena Marsovszky im Gespräch mit dieser Redaktion bestätigte, einen strukturellen Antisemitismus sowie eine völkische Mythologie ("Lehre von der Heiligen Ungarischen Krone").[5] Zwischen Jobbik und Fidesz gebe es "keine scharfe ideologische Trennlinie", urteilen Kritiker.[6] Magdalena Marsovszky zufolge war Fidesz sogar in die Gründung von Jobbik eingebunden.[7] Parteichef Viktor Orbán hat schon vor Jahren seine politischen Gegner "fremdartig" sowie "fremdherzig" genannt. Erst kürzlich erklärte er mit Blick auf den lange vorhergesagten Wahlsieg seiner Partei unter Rückgriff auf alte antidemokratische Stereotype: "Statt eines dualen Kraftfeldes, das durch dauernde Wertedebatten die Gesellschaft teilende, kleinliche Folgen generiert", komme nun endlich "eine dauerhafte, große Regierungspartei zustande", "ein zentrales Kraftfeld", das "nicht in ständigen Streit verfallen", sondern "fähig" sei, "sich der nationalen Sache anzunehmen".[8] "Die Ungarn" hätten mit der Wahl von Fidesz "einen Schlussstrich unter eine Ära gezogen, die versagt hat", erklärte Orbán an diesem Sonntag.[9]

Nach deutschem Modell

Die völkische Politik, wie sie auch Fidesz verfolgt, wird innerhalb der Europäischen Union vor allem von Deutschland forciert. Budapest versteht sich als Schutzmacht

für die Angehörigen der ungarischsprachigen Minderheiten in seinen Nachbarstaaten und mischt sich zu ihren Gunsten in die inneren Angelegenheiten der Grenznachbarn ein; damit ahmt es das Vorbild Berlins nach, das über die deutschsprachigen Minderheiten ebenfalls in die innere Politik fremder Länder eingreift. Dass Viktor Orbán den Angehörigen der ungarischsprachigen Minoritäten die Staatsbürgerschaft seines Landes verleihen und sie damit zu Bürgern Ungarns machen will, wird nach Einschätzung von Berliner Regierungsberatern neue Spannungen in Osteuropa hervorrufen, insbesondere in den Beziehungen zur Slowakei [10]; dennoch entspricht Orbán damit nur dem Beispiel Deutschlands, das in den letzten 20 Jahren Hunderttausende Polen und Zehntausende Tschechen mit deutscher Abstammung zu Bürgern der Bundesrepublik gemacht hat [11]. Völkische Organisationen der ungarischsprachigen Minderheiten in Rumänien, Serbien und Kroatien gehören als Voll- oder als assoziierte Mitglieder der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) an, einer Vorfeldorganisation der Berliner Außenpolitik, die von Flensburg aus mit Mitteln des deutschen Staates und mit Unterstützung deutschsprachiger Minderheiten sowie des Büros des ungarischen Ministerpräsidenten Sprachminoritäten in Europa und Asien fördert.[12] Zudem sind sich Berlin und Budapest bereits seit den 1990er Jahren einig in ihrem Kampf gegen die Beneš-Gesetze, mit denen die Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg die Konsequenz aus der gemeinsamen deutsch-ungarischen Aggression des Jahres 1938 gezogen hatte.[13]

Mit deutscher Hilfe

Auch Orbáns Partei Fidesz selbst ist eng mit Deutschland verbunden; nicht nur im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Volkspartei (EVP), in der CDU und CSU eine starke Stellung innehaben - der EVP gehören übrigens auch die ungarischsprachigen Minderheitenparteien in der Slowakei (Strana maďarskej koalície, SMK) und in Rumänien (Uniunea Democrată Maghiară din România, UDMR) an, die in diesem Rahmen bereits direkt mit Fidesz kooperieren können. Der Fidesz gehört darüber hinaus zu den Kooperationspartnern der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU). Die ihm nahestehende Stiftung für ein bürgerliches Ungarn (Polgári Magyarorszáért Alapítvány, PMA) wurde vor Jahren mit Unterstützung der Konrad-Adenauer- und der Hanns-Seidel-Stiftung (CSU) gegründet. Ort der Gründung war damals die Budapester Gyula-Andrássy-Universität, die eng an staatliche deutsche Stellen angebunden ist.[14]

Das "Unrecht" der Friedensverträge

Selbst radikale Zuspitzungen völkischer Politik in Ungarn finden Parallelen - und Rückendeckung - in Entwicklungen bei der europäischen Hegemonialmacht. So wird von der völkischen ungarischen Rechten, auch vom Fidesz, immer wieder der Friedensvertrag von Trianon in Frage gestellt. Der Vertrag aus dem Jahr 1920 legte unter anderem die neuen Grenzen Ungarns fest, das gemeinsam mit Österreich und Deutschland zu den Kriegsaggressoren von 1914 gehört hatte. Inzwischen wird auch in der Bundesrepublik öffentliche Kritik an den Friedensverträgen nach dem Ersten Weltkrieg geübt. Vergangenes Jahr schrieben deutsche Massenmedien zum 90. Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages, das Abkommen habe klar gegen das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" verstoßen: Eigentlich hätte Deutschland "größer und nicht kleiner werden" müssen, da nach dem Zerfall Österreich-Ungarns "Millionen Österreicher und Sudetendeutsche einen Anschluss an die Weimarer Republik erstrebten".[15]

Vorzüglich

Unter einer künftigen Regierung Orbán wird Ungarn am 1. Januar 2011 die Ratspräsidentschaft der EU übernehmen. Berlin will mit Hilfe Budapests wichtige außenpolitische Projekte realisieren, vor allem die "Donaustrategie", die der weiteren deutschen Expansion in Richtung Südosteuropa den Weg bereiten soll.[16] Der deutsche Außenminister nennt die deutsch-ungarischen Beziehungen "vorzüglich".[17] Unter deutscher Hegemonie über die EU kann die völkische Politik des Fidesz ohne Hindernisse weiter gedeihen.

Anlässlich des Wahlsieges der völkischen Rechten schaltet german-foreign-policy.com zwei Interviews über deren Politik frei: "[Transsilvanien ist unser](#)", "[Lebensraum Karpatenbecken](#)".

Eine Rezension des neuen Bandes "Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa" von Gregor Mayer und Bernhard Odehnal finden Sie [hier](#).

Weitere Informationen über die deutsch-ungarische Kooperation finden Sie hier: [Verdienstorden](#), [Die zweite Welle](#), "[Transsilvanien ist unser](#)", [Magyarentum](#), [Ein besonderes Verhältnis](#), [Moralisch und materiell](#), [Nicht zum ersten Mal](#), [Ein Zeichen der Freundschaft](#), [Das deutsche Blutsmodell \(I\)](#), [Ethno-Loyalität](#), [Drohbrief aus Berlin](#), [Völkisch radikalisiert](#), "[Lebensraum Karpatenbecken](#)", [Die Donaustrategie](#) und [Die Spitze eines braunen Eisberges](#).

[1], [2] Rudolf Ungváry: Die Auferstehung der Pfeilkreuzler in Ungarn; www.welt.de 09.04.2010

[3] Rechtsextreme schaffen Europas Pulverfass; www.sueddeutsche.de 12.04.2010

[4] s. dazu "[Transsilvanien ist unser](#)"

[5] s. dazu "[Lebensraum Karpatenbecken](#)"

[6] Rudolf Ungváry: Die Auferstehung der Pfeilkreuzler in Ungarn; www.welt.de 09.04.2010

[7] s. dazu "[Lebensraum Karpatenbecken](#)"

[8] Rudolf Ungváry: Die Auferstehung der Pfeilkreuzler in Ungarn; www.welt.de 09.04.2010

[9] Ungarn holt den Volkstribun zurück; www.rp-online.de 12.04.2010

[10] Rechtsextreme schaffen Europas Pulverfass; www.sueddeutsche.de 12.04.2010

[11] s. dazu [Das deutsche Blutsmodell \(II\)](#)

[12] zur FUEV und ihren Gründern, darunter ehemalige NS-Rassisten, s. auch

[Hintergrundbericht: Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen](#), [Freund und Kollege](#), [Schwelende Konflikte](#) und [Das Wirken der Deutschen im Osten](#)

[13] s. dazu [Ein besonderes Verhältnis](#) und [Das deutsche Blutsmodell \(I\)](#)

[14] s. dazu [Völkisch radikalisiert](#)

[15] s. dazu [Unertürlich hart und ungerecht](#)

[16] s. dazu [Die Donaustrategie](#)

[17] s. dazu [Die Spitze eines braunen Eisberges](#)

© Informationen zur Deutschen Außenpolitik
info@german-foreign-policy.com